

Die verpasste Chance

Was meint die Friedensbewegung zur Volksbefragung am 20. Jänner 2013

von Dr. Michael Striebel,

Mitglied von Pax Christi Österreich und des Internationalen Versöhnungsbundes (Österreichischer Zweig)

Die Befragung

Text der Fragestellung:

- a. Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres
oder
- b. Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Die vorgelegte Befragung stellt nach Meinung der österr. Friedensbewegung die zwei wichtigsten Fragen nicht: *Braucht Österreich überhaupt ein Heer?* und *Wozu braucht Österreich ein Heer?*

Erste Phase: August - November 2012

Für alle Friedensbewegungen in Österreich ist diese Alternative völlig inakzeptabel. Daher hat der Internationale Versöhnungsbund, eine der größeren Friedensorganisationen in Österreich, zusammen mit einigen anderen antimilitaristischen Bewegungen eine **Bürgerinitiative im Parlament** eingebracht¹, in der u.a. gefordert wird²:

- **Abschaffung des Bundesheeres und damit Freiwerden von 2,2 Milliarden Euro pro Jahr für die nachfolgenden Aufgaben:**
- **Errichtung eines Zivil- und Katastrophenschutzes**
- **Sicherung der sozialen Aufgaben durch ordentliche Arbeitsplätze**
- **Einführung eines echten, attraktiven, freiwilligen Zivildienstes inkl. Friedens- und Gedenkdienste im In- und Ausland.**
- **Festigung der unbewaffneten und immer währenden Neutralität (anstelle von NATO oder GASP, Petersberg Aufgaben, Battle Groups)**
- **Aktive Friedenspolitik (u.a. durch gut ausgebildete Friedensfachkräfte für Konfliktvorbeugung, Konfliktbearbeitung und Wiederaufbau von zerstörten**

¹ Bereits im Winter 2011 hat der IVB - Österr. Zweig ein ähnliches Statement herausgebracht: *Stellungnahme für eine aktive, gewaltfreie Friedenspolitik ohne Bundesheer*. Wien 2011

² Originalwortlaut unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/BI/BI_00053/index.shtml

Beziehungen zwischen Bevölkerungsgruppen und zivilen Organisation von Staaten; Jugend- und Kulturaustausch und dergl.)³

Man kann diese Bürgerinitiative noch auf der **Website des Parlaments** (siehe Anm. 2) unterschreiben. Bis zum 7.1.2013, haben das 485 (+750 Erstunterzeichner) Personen getan. Man sieht zwar an dieser Zahl, dass das derzeit noch keine mehrheitsfähige Initiative ist, aber wenn man schon grundlegend über das Heer diskutiert, dann hätte man die Variante der Abschaffung mitdenken können. **Es geht letztlich darum, ob ein so kleines Land wie Österreich mit einer Neutralitätstradition, die schon über ein halbes Jahrhundert alt ist, nicht besonders geeignet wäre, der Weltgemeinschaft Friedensdienste zur Verfügung zu stellen, die kein anderes Land auf dieser Erde leistet.**

Zweite Phase

Die realpolitische Frage "Wofür stimmt man nun am 20. Jänner?" wurde von praktisch allen Bewegungen als Entscheidung zwischen Pest und Cholera verstanden und entsprechend fielen die drei möglichen Antworten aus:

- keine Empfehlung z.B. Pax Christi Österreich, Internationaler Versöhnungsbund - Österreichischer Zweig, Katholische Kirche Vorarlberg, Manche Stellungnahmen enthalten den Hinweis, dass man auch absichtlich ungültig wählen könne.
- Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, weil sie nach über 150 Jahren aus verschiedenen Gründen obsolet geworden sei. (Politisch gestützt von SPÖ, BZÖ, Team Stronach und Die Grünen)
- Verhinderung eines Berufsheeres, weil es sich eher dazu eigne in neutralitätswidrige Einsätze (NATO, GASP) geschickt zu werden z.B. Solidarwerkstatt Linz (Politisch gestützt von ÖVP, FPÖ)

Man sieht hier also die ganze Palette, und es ist klar, dass wenn man gezwungen wird zwischen Pest und Cholera zu wählen, nicht Befriedigendes herauskommen kann.

Grundsätzliche Kritik (Striebel)

- Die Befragung wurde völlig **übereilt** angesetzt
- **Sie ist zum jetzigen Zeitpunkt unnötig**, weil kein unmittelbarer Anlass erkennbar ist. Die neue Sicherheitsdoktrin (Entwurf 2011: Cyberwar, Terrorismus, unkontrollierte Weitergabe von Atomwaffen, globale Wirtschaftskrise) ist bis heute nicht vom Parlament beschlossen, wäre aber eine wichtige sachliche Grundlage für die anstehende Befragung gewesen.
- Die Proponenten der Regierungsparteien sind **unglaublich durch** mehrfachen **Meinungswechsel** wichtiger Regierungsmitglieder in den letzten Jahren (eine Festlegung der Parteien für die jeweils andere Lösung wäre eigentlich eher zu erwarten gewesen).

³ vgl. z.B. das deutsch-französisches Jugendwerk nach dem Élisée-Vertrag 1963

- **Die Beteuerung**, die Regierung⁴ werde das Ergebnis der Befragung ernst nehmen ist **unglaublich**. Hätte die Regierung dem Volk vertraut, hätte man eine **Volksabstimmung** machen können, die gesetzlich wirklich verbindlich ist. Dass die Ergebnisse der Befragung nicht vor Einsetzen einer neuen Regierung realisiert werden können, spricht das ebenfalls gegen die Beteuerungen der PolitikerInnen.
- **Die Befragung ist politisch schwer verständlich**: wenn man sich als Regierung nicht klar ist, dann hätte man im guten! Sinne experimentieren können wie viele andere große Staaten in Europa auch durch einfaches Aussetzen der Wehrpflicht und langsames Einführen der neuen Regeln. So hätte man sehen können, wie sich die Bewerbungen für Zivildienst und Bundesheer entwickeln und notfalls Umkehren können. Die wiederholten Äußerungen, es gäbe keinen Weg zurück, wenn man sich einmal entschieden habe sind unnötige Panikmache.
- **Die Befragung ist sehr schlecht vorbereitet**. Es gibt kein Österreich weites Abstimmungsbuch, wie das zB in der Schweiz üblich ist. Es fehlen klare Definitionen der Bedrohungsszenarien, teilweise sogar der verwendeten Ausdrücke zB "Profimiliz".
- Es gibt Dinge, die zu wichtig sind, als dass man sie **den Parteien überlassen** sollte. Die einseitige Zuordnung der beiden Vorschläge zu jeweils einer Partei schafft sowohl Unbehagen innerhalb der Parteien als auch in der Bevölkerung. Es geht nicht mehr um die Sache, sondern wieder einmal nur um das Ansehen einer Partei. Außerdem wird durch dieses Vorgangweise die Opposition an den Rand gedrängt. Das riecht sehr nach Vorwahlkampfzeit.
- **In der Abstimmungsfrage erfolgt eine unnötige Verquickung** der leidigen Heeresfrage mit dem sehr erwünschten Zivildienst und dem ebenso notwendigen Katastrophenschutz. Wer Sozialdienst und Katastrophenschutz wünscht, sollte diese bestellen und bezahlen und nicht deswegen 2,2 Milliarden Euro für ein Heer (Sozialdienst neu kostet nur ca. 220.000 Euro) welcher Art auch immer ausgeben. Auf Grund dieser Verquickung haben sich leider viele (darunter katholische Bischöfe) für den Fortbestand der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen mit der einzigen Begründung, dass man den Zivildienst wolle.

Handlungsalternativen⁵

1. Boykott der Befragung

- Verzicht auf Mitbestimmung
- Nur durch intensive Öffentlichkeitsarbeit könnte eine ablehnende Wirkung erzielt werden, ansonsten kann sie leicht als Desinteresse interpretiert werden.
- eine Stärkung des Status quo

2. Ungültig stimmen

- man zeigt, dass man mitbestimmen möchte

⁴ BK Faymann am 7.1.13 im Ö1 Mittagsjournal: "Was die Bevölkerung entscheidet hat umgesetzt zu werden."

⁵ In Anlehnung an Pete Hämmerle: Warum wir kein Heer brauchen, wenn wir Frieden wollen... in: Spinrad Nr. 4, 2012 S. 3-6

- Nur durch intensive Öffentlichkeitsarbeit (Werbung) und entsprechend hohen Stimmenanteil könnte eine wahrnehmbare ablehnende Wirkung erzielt werden
- indirekte Unterstützung der Mehrheit

3. für Berufsheer und freiwilliges Sozialjahr

- man gibt faktisch zu, dass eine territoriale Landesverteidigung nicht mehr notwendig ist (Schwerpunkte sind Auslandseinsätze und Katastrophenschutz)
- Gleicher Zugang von Frauen wie von Männern
- Befürchtungen: negative Auslese, rechtsgerichtete, antidemokratische, nationalistische BewerberInnen > Einsatz gegen die eigene Bevölkerung leichter (wie 1934)
- angeblich leichtere Integrierbarkeit in eine EU-Armee oder in die NATO (KPÖ)
- "Freiwilliges" Sozialjahr ist ein befristetes Dienstverhältnis, keine unbezahlte (freiwillige, ehrenamtliche) Tätigkeit mehr
- zivile Friedens- und Auslandsdienste sind nicht vorgesehen

4. für Beibehaltung der Wehrpflicht

- Reformabsichten sind nur vage
- Zivildienst wird weiterhin bestraft. Er ist um die Hälfte länger (9 statt 6 Monate) als der Wehrdienst.
- Die meisten Argumente (Katastrophenschutz, Zivildienst, Verankerung in der Bevölkerung, Integration in die Demokratie) haben mit militärischen Kernaufgaben nichts zu tun
- Eine Zwangsverpflichtung von über 30.000 jungen Männern ist angesichts der anstehenden Bedrohungen völlig unnötig.
- Die Ausbildung von Massen (75% der männlichen Bevölkerung) im Töten, also einer Tätigkeit, die man nach der Ausbildung auf keinen Fall mehr ausüben darf, ist volkswirtschaftlich eine Verschwendung. Das Einüben von Friedenstätigkeiten (z.B. Gewaltfreie Kommunikation, bürgerschaftliches Engagement u. dgl.) könnte man später ständig brauchen, wäre also eine sinnvolle volkswirtschaftliche und politische Investition.

***Si vis pacem, para bellum*⁶ sollte nach weit über 2000 Jahren schrecklichster Militärgeschichte lauten *Si vis pacem, para pacem*⁷.**

* * * * *

© Frei gegeben unter GNU-Lizenz, 10.1.2013
Dr. Michael Striebel, Mitglied von Pax Christi Österreich und Österreichischer Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

⁶ Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg.

⁷ Wenn du den Frieden willst, dann bereite den Frieden vor.